

Rede von Bürgermeister Reiner Breuer zur Amtseinführung in der Sitzung des Stadtrates am 6. November 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Mitglieder des Stadtrates,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen, Frau Heide Broll, sehr herzlich für die Einführung in mein Amt als Bürgermeister und damit als Ihren Vorsitzenden hier im Rat der Stadt Neuss.

Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute von einer gestandenen Demokratin und echten Liberalen vereidigt worden zu sein, die sich schon viele Jahre, nein Jahrzehnte ehrenamtlich für Ihre Heimatstadt Neuss engagiert. Herzlichen Dank dafür!

Meine Damen und Herren,

in der Tat, mir ist das ehrenamtliche Engagement aller Mitglieder des Stadtrates wichtig. Es verdient Anerkennung und Respekt, wenn Sie sich für Ihre Heimatstadt einsetzen, sich in den demokratischen Parteien oder Wählergruppen organisieren, um die Zukunft ihres Lebensumfeldes gemeinwohlorientiert aktiv mitzugestalten.

Deshalb verspreche ich Ihnen auch, meine Damen und Herren des Stadtrates, dass ich Sie und Ihre Beschlüsse achten und den Stadtrat würdig nach außen hin vertreten werde.

Ich habe es bereits bei meiner Einführung als Hauptverwaltungsbeamter am 21. Oktober gesagt und will es hier nochmals wiederholen:

Der Stadtrat und die Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze bilden in der kommunalen Selbstverwaltung eine Verantwortungsgemeinschaft.

Sowohl der Stadtrat, als auch der Bürgermeister sind von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Beide müssen sich vor ihnen verantworten und tragen daher gemeinschaftlich Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung.

Nach unserer Kommunalverfassung kann der Bürgermeister nicht ohne den Stadtrat, der Stadtrat aber auch nicht ohne den Bürgermeister. Klingt komisch, ist aber so!

Rat und Verwaltung sind mithin zwei Seiten der einen Medaille - der bunt schillernden Medaille der kommunalen Selbstverwaltung.

Auch angesichts der durchaus interessanten Mehrheitsverhältnisse bin ich der Überzeugung, dass wir von dem klassischen Denken von „Regierung“ und „Opposition“, von der

vermeintlich notwendigen politischen Farbenlehre ein Stück weit wegkommen sollten, ohne jedoch unsere Unterschiede, die es ja gibt und weiter geben soll, zu verdrängen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir zu einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung und auch der Bürgerschaft finden können und finden müssen.

Wir brauchen eine neue politische Kultur für eine faire, transparente und bürgerorientierte Politik. Daran hat es in den letzten Jahren erkennbar gefehlt.

Als Ihr neuer Bürgermeister möchte ich neue Wege gehen. Ich möchte neues Vertrauen schaffen. Neues Vertrauen in die Politik, aber auch neues Vertrauen in die Verwaltung.

Deshalb habe ich bereits vor zwei Wochen den sogenannten „Ältestenrat“ einberufen, der in seiner Zusammensetzung mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen gar nicht so alt aussieht.

Ich möchte alle Fraktionen frühzeitig und möglichst umfänglich über alle wesentlichen kommunalpolitischen Entwicklungen informieren und Gelegenheit zum Dialog geben. In diesem Gremium sollen keine Entscheidungen am Rat vorbei getroffen, sondern wesentliche politische Entscheidungen des Rates sondiert werden.

Teil dieser neuen politischen Kultur ist auch, dass alle Fraktionen gleichartig mit Informationen „versorgt“ werden. Die Zeit der Privilegien einzelner Ratsfraktionen ist damit vorbei!

Die Verwaltung ist demgegenüber gerne dabei behilflich, die Fraktionen und insbesondere die ehrenamtlichen Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in ihrer alltäglichen Arbeit zu unterstützen.

Deshalb werde ich eine „Servicestelle“ beim Amt für Rats- und Bezirksangelegenheiten einrichten. Diese Servicestelle soll allen einen „kurzen Draht“ in die Verwaltung gewährleisten und ein Bindeglied von Verwaltung über die Politik hin zur Bürgerschaft sein.

Denn wir alle wollen Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen und den Bürgerwillen stärker in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

Wenn dem so ist, dann müssen wir auch ernst damit machen, dass wir im Sinne von Willy Brandt mehr Demokratie wagen.

Wenn nicht hier auf kommunaler Ebene, wo sonst, kann man besser die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbeziehen?

Ich werde jedenfalls die Verwaltung wieder stärker für die Bürgerinnen und Bürger öffnen.
Das Rathaus ist das Haus der Bürger!

Deshalb wird es im Rathaus wieder einen Tag der offenen Tür geben. Mit einem „Bürgercafé“ im Rathaus-Foyer werde ich zudem Raum zum Verweilen, zur Information und vielleicht Diskussion geben.

Eine Verknüpfung zum nahegelegenen Bürgeramt und damit zu den vielfältigen Service- und Beratungsleistungen ist leicht hergestellt.

Ich will aber auch nicht darauf warten, dass die Bürgerinnen und Bürger zu mir in das Rathaus kommen, sondern ich will weiterhin aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Deshalb werde ich Stadteilgespräche und Workshops durchführen und den Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit geben, sich aktiv an Entscheidungen zu beteiligen.

Auch die Rückkopplung mit der Bevölkerung zu stadtteilübergreifenden Themen halte ich für wichtig. Repräsentative Bürgerbefragungen zu wichtigen Themen können eine Entscheidungshilfe dafür sein, im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zu breit getragenen Lösungen zu kommen und sich nicht von Einzelinteressen leiten zu lassen.

Dass sich Politik und Verwaltung nicht von Einzelinteressen leiten lässt, sondern immer das Gemeinwohl im Blick hat, erscheint auch vor dem Hintergrund von aufgeflogenen Korruptionsfällen hier im Rathaus angezeigt. Dabei ging es allerdings um kriminelle Eigeninteressen.

Gegenüber diesen kriminellen Machenschaften kann nur der Grundsatz „Null Toleranz“ gelten. Über die schonungslose Aufklärung hinaus muss bestmögliche Prävention geleistet werden. Diese wird nach meiner Einschätzung in der Verwaltung durch die Antikorruption-Geschäftsstelle in herausragender Weise gewährleistet.

Auch die Politik muss sich dem Thema Korruption stellen. Wir müssen alles dafür tun, schon jeden Anschein einer Interessenkollision oder Vorteilsnahme zu vermeiden. Dafür brauchen wir klare Verhaltensregeln.

Deshalb sollten wir auch unseren Ehrenkodex überarbeiten und den aktuellen Gegebenheiten anpassen. Transparenz ist das Gebot der Stunde.

Ich selbst will mit gutem Beispiel vorangehen und werde sämtliche Einkünfte aus meinem Amt und aus Nebentätigkeiten offenlegen.

Ich werde dies nicht nur dem Rat gegenüber tun, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger auf den Internetseiten der Stadt Neuss.

Selbstverständlich werde ich auch meinen Abführungspflichten gegenüber der Stadt Neuss ohne Tricksereien vollständig nachkommen!

Meine Damen und Herren!

Es gibt einige „vertrauensbildende Maßnahmen“ gegenüber dem Stadtrat und der Bürgerschaft, die wir schnell angehen können. Denn nur auf Grundlage neuen Vertrauens kann auch der Wille zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Verantwortung wachsen, die wir zur Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit brauchen.

Und die Herausforderungen unserer Zeit sind groß:

die Globalisierung der Märkte, die Individualisierung und Alterung unserer Gesellschaft, der Klimawandel und die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche sowie die Bewältigung der Zuwanderung und Integration.

Diese Themen und andere beschäftigen derzeit alle Kommunen intensiv, auch uns hier in Neuss. Wir müssen in Kenntnis dieser großen ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungstendenzen unsere kommunale Politik ausrichten, ich sage neu ausrichten und sie versuchen auszugestalten.

Jeder von uns hat hierzu sicher seine Meinung, hat seine Ziele und auch Visionen zur Zukunft unserer Stadt - ich auch! Deshalb möchte ich Motor und Moderator sein, gemeinsam mit Ihnen diese Herausforderungen zu meistern und positiv auszugestalten.

Daher gebe ich heute auch keine „Regierungserklärung“ ab.

Vielmehr möchte ich Ihnen aus meiner Sicht fünf wichtige Handlungsfelder skizzieren, die wir gemeinsam „beackern“ müssen, über die wir in die Diskussion miteinander kommen müssen.

Wir müssen miteinander in die Diskussion kommen über

1. nachhaltige Stadt- und Stadtteilentwicklung;
2. eine zukunftsfähige Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen;
3. die Ausgestaltung unserer „sozialen Großstadt“;
4. Schaffung einer verlässlichen Bildungs- und Betreuungskette;
5. die Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt und Lebensqualität

in unserer Heimatstadt.

Die Finanzierbarkeit der Umsetzung unserer gemeinsamen Ziele steht natürlich über allem und daher am Schluss meiner Betrachtungen.

Meine Damen und Herren,

zur nachhaltigen Stadt- und Stadtteilentwicklung müssen wir uns insbesondere mit dem Instrument des Flächennutzungsplanes darüber klar werden, wie wir unsere Stadt und unsere Stadtteile in den nächsten 10 bis 20 Jahren weiter entwickeln wollen.

Beim anstehenden Feinschliff des Flächennutzungsplans wird es politisch im Kern darum gehen zu definieren, wie viel Fläche wir bereit sind zu opfern, damit wir Raum nicht nur für qualitatives, sondern auch quantitatives Wachstum haben.

Raum für die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen und für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

Uns sollte dabei klar sein: selbst bei strikter Einhaltung des Grundsatzes der Innen- vor der Außenentwicklung, der Umnutzung von brach liegenden Flächen und prioritärer Baulückenschließungen wird eine zukunftsfähige Weiterentwicklung unserer Stadt und unserer Stadtteile ohne die Inanspruchnahme weiterer Flächen nicht gelingen.

Das wird schon deutlich für die Entwicklungsperspektiven im Bereich der Innenstadt und ihrer Peripherie zwischen Hafen und Rheinpark.

Dort haben wir insbesondere zu entscheiden, welche Entwicklungen wir zwischen dem RomaNEum über Wendersplatz, Rennbahn-Park, TÜV-Gelände bis hin zum Rheinpark-Center vorantreiben wollen oder können.

Ich plädiere dafür, dass wir diese Entwicklung auf Grundlage des Masterplans „Neuss an den Rhein“ gesamtheitlich mit einer städtebaulichen Vision voranbringen und uns nicht weiter von den Interessen einzelner Investoren die Entwicklung unserer Stadt diktieren lassen.

Für den Bereich des Hammfeld II, wo dieses „dezenate“ Möbelhaus steht, müssen wir zügig entscheiden, was wir wollen, sofern wir das überhaupt noch können.

Wir könnten durchaus auch jetzt die große „Option“ ziehen. Nachdem Sie sich städtebaulich so „vermöbeln“ haben lassen, kann es nach dieser Vorprägung dieses Areals viel schlimmer auch nicht werden...

Mir wäre allerdings deutlich lieber, dass die Grundentscheidung des Rates, die Stadt wieder näher an den Rhein zu bringen, städtebaulich und architektonisch einer gewissen Qualität folgen würde.

Diese müssen wir jedenfalls bei einer danach schreienden Entwicklung des Wendersplatzes sicherstellen und die frühere Lage unserer Stadt direkt am Rhein städtebaulich herausarbeiten.

Bei allem Ideenreichtum muss aber immer klar sein, dass der Bestand und die weitere Entwicklung des Neusser Hafens, dem industriellen Herzen der Neusser Wirtschaft, nicht gefährdet werden darf.

Das möchte ich auch nochmals für das seit Jahren brach liegende Münsterschul-Grundstück betonen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es zu einem Interessensausgleich zwischen industrieller Hafennutzung und der Bereitstellung von innenstadtnahem Wohnraum kommt. Deshalb will ich mit allen Beteiligten nochmals ausloten, ob auch eine Überplanung dieses Areals mit einer Mischnutzung möglich erscheint.

Zur Innenstadtentwicklung ließe sich noch viel sagen. Ich werde diese jedenfalls in den Gremien für Stadtmarketing und das Innenstadt-Stärkungsprogramm sehr eng begleiten. Unsere Innenstadt hat viele Potenziale, die aber noch stärker herausgearbeitet werden müssen.

Der Wettbewerb für die Innenstadt wird sich um den mit dem Internet-Handel noch deutlich verstärken. Hierauf müssen eigene Antworten gefunden werden. Das „digitale Schaufenster“ und kostenloses W-LAN in der Innenstadt sind nur Anfänge für tiefgreifende Veränderungen.

In der Entwicklung unserer Stadt und unserer Stadtteile muss aber der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine übergeordnete Bedeutung beigemessen werden.

Die Zahlen sind Ihnen weitgehend bekannt: Nach der InWis-Studie ist der Bestand an Sozialwohnungen in Neuss seit der Jahrtausendwende um über 40 Prozent gesunken. Zurzeit gibt es in Neuss noch etwa 5.000 Wohnungen mit einer echten Mietpreisbindung, aus der jährlich etwa 500 Wohnungen wieder herausfallen.

Dem stehen etwa 18.000 Haushalte gegenüber, die als einkommensschwach gelten. Sogar jeder zweite Haushalt in Neuss hätte Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Das sind ca. 40.000 Haushalte!

Der Rat hat zur Wohnbaupolitik in den nächsten fünf Jahren einige Beschlüsse gefasst, die aus meiner Sicht unzureichend sind und die es zu konkretisieren gilt. Das werde ich zügig machen und ich dabei auch aktuelle Entwicklungen mit einbeziehen.

Denn Sie glauben doch nicht, dass die aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland, nach NRW und hier in unsere Stadt ohne Auswirkungen auch auf die Wohnungsbaupolitik bleiben kann?

Wir rechnen derzeit damit, dass etwa 100 Flüchtlinge pro Woche nach Neuss kommen. Diese Flüchtlinge gehen nicht mehr nur 2 bis 3 Wochen in die Zentrale Unterbringungs-Einrichtung des Landes NRW im ehemaligen „Alexius“ (sog. ZUE) bzw. der Schule am Wildpark, um dann in andere Kommunen verteilt zu werden.

Diese 100 Flüchtlinge pro Woche werden sog. „Regelzuweisungen“ sein und deshalb nur in unseren eigenen kommunalen Einrichtungen untergebracht und betreut werden können.

Die kurzfristig anstehende Unterbringung und Betreuung dieser „eigenen“ Flüchtlinge stellt uns vor eine große Herausforderung, zu der gleich noch in dieser Ratssitzung gesondert berichtet wird.

Es ist jedenfalls unsere rechtliche und auch ethisch-moralische Pflicht, diesen Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu geben, sie zu betreuen und sie schlussendlich in unsere Gesellschaft aufzunehmen, sie zu integrieren.

Viele dieser Menschen, die vor Krieg, Folter, Unterdrückung und wirtschaftlicher Not aus ihrer Heimat fliehen, werden wohl wieder in ihre alte Heimat zurückkehren.

Ein großer Teil aber wird nicht zurückkehren. Viele Flüchtlinge z.B. aus Syrien werden sicher als Flüchtlinge anerkannt und dann auch hier in Neuss bleiben. Alles andere ist eine Illusion, wie wir sie in Deutschland schon einmal bei den sogenannten „Gastarbeitern“ erlebt haben.

Wir dürfen auch nicht der Illusion verfallen, dass wir hier in Neuss eine uneingeschränkte „Willkommenskultur“ hätten. Wir alle erleben doch Diskussionen, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Ängste beschreiben und ihre Vorurteile gegenüber „den Anderen“ artikulieren.

Andererseits erleben wir eine enorme Hilfsbereitschaft der Neusser Bürgerinnen und Bürger. Eine Hilfsbereitschaft, die größer ist, als der momentane Bedarf und leider nicht immer wirksam werden kann.

Deshalb müssen wir behutsam vorgehen, die Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren und mitnehmen bei der Gestaltung der Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen nach Neuss.

Gleichwohl müssen und werden wir klare Kante zeigen, wenn die Ängste der Menschen dazu instrumentalisiert werden, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu schüren.

In Neuss ist kein Platz für menschenverachtende Parolen, in Neuss ist kein Platz für Rassismus oder die Diskriminierung von Minderheiten. Neuss ist eine weltoffene, friedfertige und moderne Stadt!

Wir müssen deshalb den Menschen, die hierher kommen und eine echte Perspektive haben, hier zu bleiben, eine Chance geben, hier eine neue Heimat zu finden. Das erfordert echte Integrationsarbeit – von beiden Seiten und wird sicher nicht einfach sein.

Für den Wohnungsbau bedeutet das, dass wir noch stärker als bisher vorgesehen, in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum investieren müssen.

Integration wird nicht gelingen, wenn wir Containerdörfer bauen, in denen diese Menschen unter sich sind und dort mehrere Jahre leben. Wir müssen sehr zügig dafür sorgen, dass diese Container wieder abgebaut und „normale“ Wohnungen zur Verfügung stehen.

Wir brauchen deshalb sowohl für die bereits hier lebenden Bürgerinnen und Bürger, als auch für die „Neu-Neusser“ deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir brauchen eine nachhaltige Wohnungsbau-Offensive für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus.

Ich möchte hierfür mit Ihnen gemeinsam die Voraussetzungen schaffen. Deshalb müssen wir miteinander diskutieren und schnell entscheiden, wo wir in welchen zeitlichen Abfolgen qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnraum möglichst dezentral an integrierten Standorten neu schaffen können.

Meine Damen und Herren,

der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Klimaschutz müssen dabei nicht unbedingt zu kurz kommen.

Gerade beim Klimaschutz und der Klimafolgenpolitik sind wir darauf angewiesen, wertvolle Flächen zu erhalten und mehr Grün in die Stadt und die Stadtteile zu bekommen.

Dafür gibt es auch vielfältige und innovative Lösungsansätze, von der Dachbegrünung, über „zero-emission“-Strategien bis zur Ausrichtung von Gebäuden. Wir sollten deshalb die Ziele und vielfältigen Maßnahmen in einem kommunalen Klimaschutzplan niederschreiben.

Im Vergleich dazu eher profan ist die öffentliche Diskussion der unzureichenden Pflege des öffentlich zugänglichen Grüns. Nicht nur bei mir haben sich seit dem Pfingststurm „ELA“ die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger gehäuft.

Übrigens starten wir in der nächsten Woche die ersten umfangreicheren Ersatzpflanzungen für Bäume, die dem Sturm ELA zum Opfer gefallen sind. Auch hier ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger groß und wir können mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW insgesamt 300 neue Bäume pflanzen.

Ich habe mir jedenfalls einmal angesehen, wie weit im Bereich der Grünpflege der Stellenplan von der Stellenwirklichkeit auseinanderdriftet. 15 Stellen sind zurzeit nicht besetzt und das kann so nicht bleiben.

Ich möchte deshalb einen Großteil dieser Stellen schnell wieder besetzen. Neben der eingerichteten „Task-Force“ aus bereits vorhandenen Kräften könnten wir so eine oder mehrere „Green-Force“-Truppen zusammenstellen, die sich der Grünpflege annehmen werden.

Neben der „Sauberkeit“ ist auch die Sicherheit in Neuss durch den kommunalen Service-Dienst ausbaufähig. Auch möchte ich vorhandene Planstellen auch mit Blick auf die Stadtteile schnell besetzen.

Die Sicherung und der Ausbau nachhaltiger Mobilität ist ebenfalls ein Teil der Stadt- und Stadtteilentwicklung, die mir sehr am Herzen liegt.

Ich bin der Überzeugung, dass wir die Nahmobilität stärken müssen, um eine echte Verkehrswende zu erreichen. Andernfalls erreichen wir die Klimaschutzziele nicht und stehen irgendwann alle im Stau.

Deshalb müssen wir auf eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt und die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs setzen.

Die dafür erforderlichen Maßnahmen will ich mit Ihnen diskutieren und bin der Überzeugung, dass die Stadtwerke Neuss sich zu einem echten Mobilitätsdienstleister Nr. 1 entwickeln können, wenn wir das wollen.

Die Themen „Car-Sharing“, Leihfahrräder, Elektromobilität, W-LAN in Bussen und an Haltestellen müssen endlich gezielt angepackt werden.

Für das „Büro Bürgermeister“ wollen wir jedenfalls ein Elektrofahrrad anschaffen, damit meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ich auch außerhalb des Büros ökologisch und innovativ in die Pedale treten können.

Schön wäre es, wenn man dieses Fahrrad dann einmal an einem autofreien Tag in der Innenstadt, auf dem Radschnellweg nach Düsseldorf oder über die neue linksrheinische

Brücke über die Einfahrt des Hafens von der Ölganginsel nach Düsseldorf-Heerdt nutzen könnte.

Auch die ÖPNV-Infrastruktur müssen wir gezielt ausbauen. Ich werde deshalb prüfen, wie wir die Straßenbahnlinie 709 durch das Hammfeld führen und für die vielen Pendler zwischen Neuss und Düsseldorf wieder die Preisstufe A einführen können.

Eine intakte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist auch für die Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Neuss von entscheidender Bedeutung.

Schon die Römer haben vor über 2030 Jahren die herausragende Lage am Rhein und die Einbindung in die überregionalen Verkehrswege als einen Grund zur Ansiedlung erkannt.

Im Bereich des Erhalts und Ausbau der Straßen und Brücken sowie der Förderung der Binnenschifffahrt und des regionalen Schienenverkehrs sind insbesondere der Bund und das Land NRW gefordert.

Ich werde meine guten Beziehungen zum Bund und zum Land NRW dafür nutzen, dass unser Standort seine Qualitäten behält und ausbaut.

Dem Ausbau der digitalen Infrastruktur werden wir jetzt hoffentlich neuen Schwung verleihen. Ich werde in der nächsten Woche mit der Deutschen Glasfaser die Vereinbarung zum Ausbau eines leistungsfähigen Glasfasernetzes in bisher nicht versorgten Stadtteilen zeichnen. Wenn in diesen Stadtteilen ausreichend die Werbetrommel gerührt wird, kann uns dort in kurzer Zeit ein digitaler Quantensprung gelingen.

Wirtschaftsförderung ist aber nicht nur durch Sicherung allgemeiner Standortqualitäten zu erreichen. Hierzu zählt auch die Bereitstellung von Flächen zur Ansiedlung oder zum Ausbau von Gewerbe oder Industrie. Deshalb werde ich den Dialog mit der Industrie- und Handelskammer zum „Rahmenplan Industrie“ fortsetzen und Sie, meine Damen und Herren, sowie Gewerkschaften und die Bürgerschaft in den Dialog mit einbeziehen.

Mehr Dialog brauchen wir auch in der weiteren Ausgestaltung unserer Heimatstadt zur „sozialen Großstadt“.

Im nächsten Jahr steht die Fortschreibung des guten Jugend- und Sozialberichts der Stadt Neuss an.

Ich möchte mit den Trägern der freien Jugend- und Wohlfahrtspflege auf dieser Grundlage darüber verhandeln, wie wir die soziale Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen optimieren

und langfristig auf stabile Beine stellen können. Darin sollen auch die Ergebnisse des Beirates Demographie einfließen.

Zu einer sozialen Stadt zählt nicht nur die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur, sondern auch der Beratung von Verbraucherinnen und Verbraucher. Ich hoffe, dass wir endlich eine feste Bleibe für die lange geforderte Verbraucherzentrale finden. Sie haben dazu eine wesentliche Entscheidung heute in der Hand, wenn es um den Ankauf eines Teils einer Immobilie auf dem Meererhof geht.

Meine Damen und Herren,

ich habe bereits einige Herausforderungen der aktuellen Zuwanderung beschrieben. Die Fähigkeit zur Integration ist ein wesentlicher Bestandteil einer sozialen Großstadt. Deshalb ist Integration bei mir auch wirklich Chefsache!

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Heimatstadt eine große Integrationskraft besitzt. Vor 60 Jahren hatte die Stadt Neuss nur die Hälfte der Einwohner. Durch Eingliederung und Zuzug ist unsere Heimatstadt auf heute auf fast 160.000 Einwohner gewachsen.

Wenn wir wissen, dass unsere Stadt noch weiter wachsen wird, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass auch die soziale Infrastruktur angepasst wird.

Wir müssen ständig daran arbeiten, eine verlässliche und bezahlbare Bildungs- und Betreuungskette in allen Stadtteilen zu gewährleisten.

Wir dürfen kein Kind zurücklassen – dieser Grundsatz muss auch für Neuss gelten! Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Eine kostenlose Kita wäre ein wichtiges Signal dafür, dass Neuss kinder- und familienfreundlich ist. Deshalb freue ich mich über Initiativen aus Ihren Reihen, stufenweise die Beitragsfreiheit zu erreichen. Vielleicht gehen wir mit dem Haushalt für das Jahr 2016 schon in die erste Stufe, in dem die Freibetragsgrenze für die Zahlung von Elternbeiträgen angehoben wird.

Die Schulentwicklungsplanung muss ebenso fortgeschrieben werden. Für mich bleibt es dabei: Der Elternwille zählt! Auch beim Thema „Inklusion“, den wir aber nicht auf den Schulbetrieb beschränken dürfen, sondern ressortübergreifend verstehen und anpacken müssen.

Heute ist ein besonderer Tag – auch für die Schullandschaft in Neuss. Denn heute wurde von mir der Startschuss für den Bau der Grundschule Allerheiligen gegeben. Ein

Startschuss, für den die Eltern in Allerheiligen und auch Teile der Politik viele Jahre gekämpft haben.

Der Elternwille zählt für mich, auch an den weiterführenden Schulen. Wir haben diesen zu respektieren und unsere Schullandschaft dem entsprechend weiter zu entwickeln. Ich persönlich glaube, dass wir an einer Ausweitung der Plätze für Gesamtschulen nicht vorbei kommen. Wie wir das machen, möchte ich ebenfalls mit Ihnen diskutieren.

Fester Bestandteil der Bildung in Neuss ist auch die kulturelle Bildung.

Die Stadt Neuss verfügt mit ihren Einrichtungen und Instituten über ein sehr vielfältiges Angebot der kulturellen Bildung, dass neben dem Brauchtum ebenso identitätsstiftend für die Stadt ist.

Ich möchte diese kulturelle Vielfalt in Neuss sichern und ausbauen. Es gilt, eine Perspektive dafür aufzuzeigen, wie sich unsere interkulturelle Landschaft in den nächsten Jahren weiterentwickeln kann.

Mit einem Dialog „Kultur-Perspektive“ möchte ich mögliche Optionen aufzeigen und mit den Einrichtungen und der Öffentlichkeit diskutieren.

In der Freizeitgestaltung spielt neben der Kultur natürlich der Sport die größte Rolle. Auch im Bereich des Sports muss systematisch erfasst und festgeschrieben werden, wohin die Reise in den nächsten Jahren gehen soll.

Wo sollen wir die personellen und finanziellen Ressourcen angesichts des demographischen Wandels und sich verändernden Sport- und Freizeitverhaltens bündeln. Ich möchte deshalb im nächsten Jahr im Rahmen der Beratung des Sportentwicklungsplanes einen „Sportgipfel“ einberufen, um dies mit den Vereinen zu diskutieren – offen und nicht hinter verschlossenen Türen.

Grundlage für alle von mir leider nur sehr kurz dargestellten kommunalen Handlungsfelder sind solide Finanzen, zu denen ich abschließend noch etwas sagen möchte.

Die Stadt Neuss ist eine verhältnismäßig wohlhabende Stadt. Zumindest im interkommunalen Vergleich kann die Stadt Neuss auf einen starke Finanzkraft mit hohem Steueraufkommen sowie ein gutes Eigenkapital setzen.

Dennoch können die laufenden Kosten nicht durch die Einnahmen gedeckt werden. Der Haushalt der Stadt Neuss ist strukturell nicht ausgeglichen.

In den letzten Jahren und wohl auch in diesem Jahr kann ein Ausgleich nur durch Reduzierung des Eigenkapitals erreicht werden. Hierzu wurden Rücklagen herangezogen oder Einnahmen aus Veräußerung von Vermögen in Form von Grundstücken eingesetzt.

Dies kann auf Dauer nicht gut gehen. Deshalb müssen wir gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie wir zumindest mittelfristig wieder in finanzpolitisch solides Fahrwasser kommen.

Ich will Ihnen die erforderlichen Informationen für die notwendigen Entscheidungen liefern. Der Haushalt, den ich Ihnen mit dem Kämmerer für das Jahr 2017 präsentieren möchte, soll transparenter sein und mehr Steuerungsmöglichkeiten enthalten.

Die Produkte des Haushaltes sollen besser nachvollziehbar dargestellt und mit Kennzahlen versehen werden. Dann ist es Ihnen hoffentlich besser möglich zu beurteilen, mit welchen Maßnahmen ein echter Konsolidierungskurs eingeschlagen werden kann.

Für das nächste Haushaltsjahr werden wir wohl erneut nicht umhin kommen, das Eigenkapital zum Ausgleich des Haushaltes heranzuziehen.

Steuererhöhungen werde ich Ihnen jedenfalls nicht vorschlagen. Vielmehr erhoffe ich mir auch von Ihnen allen hier im Stadtrat Kreativität und erste Vorschläge für eine Konsolidierung des Haushaltes, ohne dass wir notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt vernachlässigen.

Ich würde mich jedenfalls sehr freuen, wenn ich einen Haushalt für das Jahr 2016 ausführen kann, der von einer möglichst breiten Mehrheit dieses Rates getragen wird und schon ein paar neue Akzente setzt.

Meine Damen und Herren,

„Suchet der Stadt Bestes“ lautet eine Aufforderung aus dem Buch des Propheten Jeremia. In seinem Brief an das ins Exil verbannte Volk Israel macht er diesem Mut, Häuser zu bauen, Gärten zu pflanzen, sich nieder zulassen, auf das Neue ihrer Stadt einzulassen.

Auch wir sollten der „Stadt Bestes“ suchen – gemeinsam Verantwortung übernehmen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zum Wohle unserer Stadt die Zukunft mitgestalten. Hierzu reiche ich Ihnen meine Hand!

